

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für die Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Ernst & Sohn, Magdeburg. Preis von 1 Mark. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertags-Nummern 10 Pf. — In der Expedition sind die nachgelagerten Zeitungen 15 Pf. — Postzeitungspost Nr. 622

Nr. 205.

Magdeburg, Donnerstag den 3. September 1903.

14. Jahrgang.

Vom Klassenstaat Preußen.

VI. Das kommunale Wahlrecht im größten Teile Preußens.

Wenn man die Zeitungen unserer liberalen Parteien liest, wird man immer wieder auf die Redewendung stoßen, daß es notwendig sei, die „Selbstverwaltung“ der Kommunen zu schützen. Was die Herren unter „Selbstverwaltung“ verstehen, erhellt daraus, daß keine der bürgerlichen Parteien sich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in den Gemeinden erklärt. Das Dreiklassenwahlrecht, wie es in den altpreussischen Provinzen und im größten Teile der neuen Provinzen besteht, liefert die Kommunen den besitzenden Klassen aus. Die städtischen Gemeinden dienen infolgedessen mit allen ihren Einrichtungen lediglich der Bourgeoisie, die Landgemeinden den Gutsherrn. Das Wahlrecht zu den Stadtverordneten-Versammlungen sowie den Vertretungen in den Landgemeinden, wie es das Gesetz bestimmt hat, verfügt bereits, daß 2/3 der Vertreter von den besitzenden Klassen gewählt werden; es läßt aber durch eine 1/3-Mehrheit der Kommunalvertretung bekanntlich noch Verschlechterungen zu, damit möglichst viel wohlhabende Leute in der dritten Abteilung belassen werden und dadurch die Arbeiter und der Mittelstand auch in der dritten Abteilung nur schwer irgendwelchen Einfluß ausüben können.

Wer weniger direkte Staats- und Kommunalsteuern zahlt, als die Steuerzahler durchschnittlich, so sagt das Gesetz, gehört zur dritten Abteilung. Es sei dabei bemerkt, daß diejenigen, die keine Staatseinkommensteuer bezahlen, 3 Mark in Anrechnung gebracht werden. Wer mehr Steuern zahlt, wie der Durchschnitt der Wähler der beiden ersten Abteilungen, gehört der ersten Klasse an. — Durch Ortsstatut kann mit 2/3-Mehrheit bekanntlich bestimmt werden, daß zur zweiten Abteilung erst diejenigen gehören, die

Durchschnittsmaß beiträgt, und zur ersten Abteilung nur die, welche um die Hälfte mehr bezahlen, als der Durchschnitt der Steuern der Wähler der beiden ersten Klassen ausmacht. Von der Befugnis, in dieser Weise das Wahlrecht der Arbeiterklasse und des Mittelstandes noch zu verringern, hat bekanntlich die Stadt Magdeburg Gebrauch gemacht. — Endlich kann durch Ortsstatut mit 2/3-Mehrheit auch verfügt werden, daß zur ersten Klasse gehört, wer die ersten fünf Zwölftel, zur zweiten Klasse, wer vier Zwölftel und zur dritten Klasse, wer drei Zwölftel der direkten Steuern in der Gemeinde bezahlt. — Dazu kommt, daß nur wählen darf, wer seit mindestens einem Jahre in der Gemeinde wohnt, wodurch die Arbeiterklasse als die am meisten fluktuierende Bevölkerungsschicht wieder benachteiligt wird. Es ist ferner keiner wahlberechtigt, der nicht „selbständig“ ist, d. h. nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, wer nur eine Schlafstelle und nicht mindestens mit andern zusammen ein möbliertes Zimmer gemietet hat. Auch wer bei Verwandten wohnt — es sei denn, als Mieter eines möblierten Zimmers — darf nicht wählen. Es ist klar, daß es sich fast in allen diesen Fällen um Arbeiter handelt, denen auf diese Weise jeder Einfluß auf die Gestaltung der Gemeindeangelegenheiten genommen wird. Die Wahl ist obendrein eine öffentliche, so daß Tausende von Arbeitern und kleinen Geschäftleuten gegen ihre Überzeugung stimmen müssen, um nicht hrolos zu werden. Außerdem hat keiner das Kommunalwahlrecht, der nicht mindestens mit 600 Mark Einkommen eingeschätzt ist und obendrein die ihm von der Gemeinde auferlegten Steuern bezahlt hat. In den Landgemeinden dürfen Einwohner mit weniger als 600 Mark Einkommen wählen, wenn sie mindestens 3 Mark Grund- oder Gebäudesteuern entrichten; in den Städten nur Hausbesitzer und Gewerbetreibende, die in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern wenigstens zwei Gehilfen haben müssen. Die Städte haben obendrein auch noch das Recht, die Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes zu verlangen, dessen Entrichtung Arbeitern oft ganz unmöglich ist, so daß diese von dem Wahlrecht — wie z. B. in Schönebeck — fast völlig ausgeschlossen sind.

Zum Ueberflus erschwert man es der Arbeiterklasse und dem Mittelstande auch noch, Kandidaten zu finden, die zur Wahrung der Interessen der unterdrückten Volksschichten einzutreten bereit und befähigt sind, denn mindestens die Hälfte der Stadtverordneten müssen Hausbesitzer und sogar mindestens 2/3 der Gemeindevertreter in den Landgemeinden müssen entweder Hausbesitzer oder solche Grundbesitzer sein, welche mindestens 3 Mark Grundsteuern bezahlen.

In den Landgemeinden ist der Einfluß der Reichen ferner dadurch erhöht, daß auch Leute zur Gemeindevertreterschaft stimmberechtigt sind, die ohne in den Gemeinden zu wohnen, in dem fraglichen Orte seit mindestens einem Jahre ein Grundstück besitzen, welches wenigstens den Umfang einer die Haltung von Jungvieh zur Bewirtschaftung erforderlichen Aderkultur hat, oder auf welchem sich ein Wohnhaus, eine Fabrik oder eine andere gewerbliche Anlage befindet, die dem Werte einer solchen Anlage

mindestens gleichkommt. In den Landgemeinden dürfen ferner auch Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, eingetragene Genossenschaften und der Staatsfiskus durch Vertreter ihre Stimme abgeben lassen, wenn sie über einen hinreichend großen Grundbesitz am Orte verfügen. Während der gewöhnliche Sterbliche auch bei den Landgemeindewahlen nur wählen darf, wenn er 24 Jahre alt ist, wird ein Grundbesitzer, auch wenn er als glücklicher Erbe eines Grundstücks etwa 1 Jahr alt sein sollte, durch den Vater oder Vormund bei der Gemeindevwahl vertreten; ist der Besitzer von Grund und Boden 21 Jahre alt, so kann er sich selbst einen Vertreter für die Wahl aussuchen. Während Frauen sonst auch das Landgemeindevahlrecht entbehren, dürfen sich die Grundherrinnen vertreten lassen; falls sie verheiratet sind, durch ihren Mann, falls sie ledig oder verwitwet sind, durch einen beliebigen Vertreter.

Aber damit noch nicht genug, gibt es in fast ganz Preußen neben den Landgemeinden auch noch die selbständigen Gutsbezirke, in denen der Gutsbesitzer allein selbstherrlich über die gesamten Kommunalangelegenheiten verfügt und alles so gestaltet, wie es in seinem Interesse liegt. Der Gutsherr hat innerhalb eines Gutsbezirks gleichzeitig — dank seinem Besitz — Polizeigewalt. Er kann Geldstrafen androhen oder festsetzen, und nur, wer den Mut hat, gerichtliche Entscheidung zu beantragen, kann sich den Launen der Willkür eines solchen Gutsherrn entziehen. Durch die Polizeigewalt steigt die ungeheure Macht der Gutsherrn über den Landarbeiter noch erheblich. — Da in Lohnstreitigkeiten, die auf Grund der Gesindeordnung stattfinden, in den sieben östlichen Provinzen die Polizei die erste Instanz bildet, so muß in den Gutsbezirken ein vom Gutsherrn um seinen Lohn geprellter Arbeiter diesen Ausbeuter bei ihm selbst verklagen. Der Mann ist dann Beklagter und Richter in einer Person. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 2. September 1903.

Die nationalliberale Jugend.

Die „Jungliberalen“ haben am Montag in Mannheim ihren Vertretertag abgehalten. Die „Köln. Ztg.“ berichtet:

Der Vorsitzende Dr. Fischer-Köln ließ den offiziellen Willkomm in Worten herzlicher Freude und warmen Dankes für das Erscheinen der beiden um die Partei hochverdienten Männer folgen und schloß daran den Ausdruck froher Genugung darüber, daß der Abgeordnete Wötter als Vertreter des Berliner Jungliberalen Vereins angemeldet und somit der erste Abgeordnete aus den Reihen der Jungliberalen in das Parlament eingezogen sei. — Ingenommen wurde ein Antrag Pirmaiens: Die Sozialdemokratie beschuldigt fortgesetzt vornehmlich die nationalliberale Partei, sie wolle das bestehende Reichstagswahlrecht abändern. Angesichts dessen erklärt die Vertreterversammlung der nationalliberalen Jugendvereine, daß sie im Einklang mit der Partei jederzeit für das bestehende und erprobte Reichstagswahlrecht als einer Erzungenschaft ihrer Partei eintritt und für dessen Ausdehnung auf die Einzel-Landtage wirkt.

Seltzam, höchst seltsam, daß diese sich so radikal erweiternden Jungliberalen, die sogar die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Einzelstaaten erstreben, sich sämtlich zur nationalliberalen Partei rechnen, die dergleichen Gedanken energig bekämpft und deren Anhänger sogar mit ihrem Geld eine Verschwörung gegen die Reichsverfassung unterfüttert haben.

Ueber „die nächsten Landtagswahlen“ referierte Rechtsanwält Dr. Zöphel, der sein Referat als „praktische Gedanken über die Sozialdemokratie“ bezeichnet. Der Herr meinte, vielleicht werde es dem „Revisionsismus“ gelingen, seinen Teil der heutigen, ihrer Natur nach dem Liberalismus feindlich entgegenstehenden Sozialdemokratie umzugestalten. Dann könne mit ihr gerechnet werden.

Natürlich gibt's in unserer Partei niemand, der die Sozialdemokratie umzugestalten beabsichtigt. Außerdem ist es unrichtig, daß die Sozialdemokratie „ihrer Natur nach“ dem Liberalismus feindlich entgegensteht. Das, was der Liberalismus, wie er von den Ideologen der Bourgeoisie aufgefaßt wird, erstrebt, jucht auch die Sozialdemokratie zu erzielen, soweit ihr politisches Programm in Frage kommt. Herr Zöphel kann höchstens den wirtschaftlichen Liberalismus meinen: das Manchesterium, die Lehre, daß der Staat im sozialen Getriebe alles gehen und gechehen lassen soll. Aber gerade diese Seite des Liberalismus behagt Herrn Zöphel nicht, der ja behauptet, ein begeisterter Anhänger wirksamer Sozialpolitik zu sein. — Der Vorschlag der Kölner „Jungliberalen“, bei den Landtagswahlen mit unserer Partei ein Kompromiß abzuschließen, wurde natürlich verworfen. — Die „Nat.-Ztg.“ berichtet:

Von der Aufstellung einer Resolution über die Taktik bei den Wahlen, wie sie ursprünglich auf Grund eines Antrages

Köln in einigen Kreisen der Delegierten beabsichtigt gewesen war, wurde ganz abgesehen. Eine solche taktische Resolution wurde namentlich auch von Seiten solcher Jungliberaler als überflüssig erklärt die im übrigen in der folgenden Diskussion energig dafür eintraten, daß die nationalliberale Partei durch eine rücksichtslos liberale Politik sich selbst aus eigener Kraft eine Stärkung ihres Einflusses erringe. Man begnügte sich weiterhin auch angesichts der Tatsache, daß es sich um eine den Reichsverband nicht direkt berührende, speziell preussische Angelegenheit handle und daß der bevorstehende Parteitag der preussischen Nationalliberalen in Hannover, zu dem auch jungliberale Vertreter erscheinen werden, die Stellung des Liberalismus im nahenden Kampfe klar präzisieren werde, mit einer freimütigen Aussprache im Kreise der Delegierten des Jungliberalismus und des nationalliberalen Zentralvorstandes.

Zahlreiche jungliberale Redner gielten mit großer Schärfe die reaktionären Zustände Preußens in Regierung und Verwaltung und forderten die Abgeordneten der Partei im Reichstag und den Landtagen eindringlich auf, liberal da, wo es die Aufhebung von Schäden und Mißständen gelte, die Initiative zu ergreifen. Die anwesenden Abgeordneten, von denen sich Dr. Sattler, Dr. Gieber, Dr. Deinhard und Dr. Wötter an der Debatte beteiligten, waren mit den Jungliberalen vollkommen einig in der Forderung, daß ein zielbewußtes und kraftvolles Auftreten gegen die konservativ-ultramontane Mehrheit im preussischen Landtag erste und dringendste Pflicht der nationalliberalen Fraktion sei, daß die Reaktionsäre, wo sie auch zu suchen seien, entschieden es bisher geschehen, bekämpft werden müßten. Speziell Abgeordneter Dr. Sattler, dessen längere und klare Rede lebhaftest Beifall der ganzen Versammlung fand, charakterisierte die Konservativen als eine Partei, die im Laufe der Jahre bei ihrer Politik immer mehr die Rücksicht auf den Gesamtorganismus, die staatlichen Gesichtspunkte hätte in den Hintergrund treten lassen. Sie seien heute eine wirtschaftlich-egoistische Gruppenpartei geworden, ihr Programm sei Agrarismus und Orthodoxyismus. (Stürmischer Beifall.)

Auch die nationale Gesinnung sei bei einzelnen nicht ganz einwandfrei; es genüge an „Kant und die Röhre“ zu erinnern. Diese bedauerliche Entwicklung lege der nationalliberalen Partei die Verantwortung ob, die Politik auf im Sinne des

die Konservativen nicht mehr seien. Abg. Dr. Gieber sprach hauptsächlich über die sozialpolitische Wirksamkeit der Jungliberalen und der Gesamtpartei und gab seinem tiefen Bedauern über die Niederlage des Führers in der Sozialpolitik des jetzigen Abgeordneten Wasseremann Ausdruck. Er forderte die Jungliberalen auf, den politischen Idealismus, der gern mit eigener Kraft sich emporzurichten strebt, sich zu bewahren und die unerfreulichste Seite in der politischen Tätigkeit einer Minderheitspartei, die Fragen der Taktik, ihren älteren Parteigenossen zu überlassen.

Die Jugend soll also das Recht haben, sich für Ideen zu begeistern, aber die Taktik den bewährten Weisen und Epigonen des nationalen Liberalismus überlassen. Wie im vorigen Jahre Wasseremann in Eisenach sagte, die Mehrheit des Reichstags sei „reaktionär bis auf die Knochen“, um nachher der reaktionäre Hauptling zu werden, so wird auch der von einem Sattler angekündigte „Rück nach links“ keinerlei Laten zeitigen.

Wäre es den Nationalliberalen ernst mit ihrem Kampfe gegen Junkertum, Merkantilismus und Reaktion in Preußen, so würden sie bereit sein, ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie zu schließen. Daran denken die „Jungliberalen“ aber ebensowenig wie die Alten. Die bürgerlichen Ideologen mögen die Notwendigkeit des Klassenkampfes als „Dogma“ bezeichnen; handeln werden sie stets, als wenn auch sie daran glaubten. Die nationalliberale Bourgeoisie mag sich theoretisch die Deklamationen der Idealisten gefallen lassen, welche den Klassenkampf gegen das Proletariat mißbilligen, in der Praxis wird sie brutal wie bisher diesen Klassenkampf weiterführen. —

Deutschland.

Berlin, 2. September. Von den im Jahre 1902 abgegebenen Steuererklärungen sind nicht weniger als 26 Prozent beanstandet worden. Bei 78 Prozent der Beanstandungen erfolgte eine Erhöhung der Steuerbeträge. Gegenüber den Angaben wurden an steuerpflichtigem Einkommen rund 250 Millionen Mark oder 28 Prozent und an Einkommensteuer rund 8 1/2 Millionen Mark oder 32,5 Prozent mehr veranlagt. —

Eine Abordnung der Pariser Gesundheits-Kommission wird sich in nächster Zeit nach Deutschland begeben, um die Fragen der Wasserreinigung, der Bekämpfung von Tuberkulose und epidemischen Krankheiten sowie der Ernährung und Fleischversorgung des deutschen Heeres zu studieren, in welchem die Zahl der Todesfälle geringer ist als in der französischen Armee. Die Kommission, die bereits morgen abreist, begibt sich zunächst nach Müttich und von da über Aachen, Düsseldorf und Hamburg nach Berlin. —

Mehr als 30 Millionen Mark Reichsbesitz! Die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1902

An unsere Abonnenten!

Beim Beginn des Monats September machen wir unsere verehrten Leser und Leserinnen darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbeitrag pro September spätestens am 8. des laufenden Monats bezahlt werden muß. Da unsere Austräger und Austrägerinnen im Laufe dieser Woche und am nächsten Sonntag kassieren werden, so bitten wir um Beachtung des Vorstehenden.

Die Expedition der „Volksstimme“.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

14. Oktober 1902 bis 30. April 1903.

Bei der weiteren Beratung über den Antrag von Kardorff ergab sich am 29. November abermals die Beschlußunfähigkeit des Reichstags.

Trotz aller Gewalttätigkeiten war es also der Mehrheit nicht gelungen, ihre Anhänger wenigstens für einige Tage in beschlußfähiger Anzahl zusammenzubringen. Jetzt galt es, die Mehrheit zusammenzubringen. In der Sitzung am 1. Dezember lagte zunächst der konserverbative Abgeordnete von Kröcher vor, daß alle Versuche, eine beschlußfähige Mehrheit längere Zeit zusammenzuhalten, vergeblich gewesen seien, vier Zeitungen hätten die Aufnahme seines „etwas haßnebulösen Appells“ an seine Freunde, am Platze zu sein, abgelehnt. Viele Anhänger der Hölle fehlten, weil sie auf Hasen- und Hasejagd gehen. Der Reichstagsfraktion seiner Parteigenossen und ihre „Gewohnheit, die Pflicht dem Vergnügen unterzuordnen“, sei so groß, wie unmittelbar vor der Revolution. Ferner erklärte sich Herr von Kröcher offen als Gegner des Wahlrechts der Sozialdemokraten und für Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterklasse: „Die Sozialdemokratie eigne sich nicht zum Subjekt, sondern nur zum Objekt der Gesetzgebung.“ Nach ihm bestreite Eugen Richter die Reichstagsfraktion als Einheitsfraktion der Mehrheit. „Der Grundgedanke des Parlamentarismus besteht darin“, so findet er entgegen jeglicher parlamentarischer Auffassung — „daß die Mehrheit ihren Willen durchsetzen kann!“ Das wäre ja „eine jammervolle Mehrheit“ denn er den Reichstagsfraktionären zu, die sich einen „Obstruktionsfeldzug“ — so nannte Richter seit mehreren Monaten die sachliche, streng im Rahmen der Geschäftsordnung gehaltene Opposition gegen die Vorlage — gefallen lassen würde. Das half.

Am 2. Dezember stellte die Mehrheit einen Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte zu dem Antrag von Kardorff. Ein solcher Antrag widerspricht dem parlamentarischen Brauch, da nach § 44 der Geschäftsordnung das Wort zur Geschäftsordnung jederzeit gegeben werden muß. Ein von unserer Fraktion gestellter Antrag auf einfache Tagesordnung über diesen neuen Gewaltstreik wurde jedoch abgelehnt und sodann der Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte angenommen. An der dann erfolgenden Abstimmung über die Frage, ob der Antrag von Kardorff zulässig sei, beteiligte sich unsere Fraktion nicht. Sie motivierte diese Nichtbeteiligung mit folgender von einem Ordnungsruf unterbrochener Erklärung:

„Mit dem Antrage von Kardorff und Genossen auf Drucksache Nr. 775 hat sich die Mehrheit des deutschen Reichstags außerhalb der Geschäftsordnung und der Verfassung gestellt.“

Die sozialdemokratische Fraktion hatte beschlossen, jede Teilnahme an diesem parlamentarischen Staatsstreik abzulehnen. Unsere Fraktion hat sich an der Beschlußfassung über die Zulässigkeit des Antrags von Kardorff und Genossen nicht beteiligt, indem sie von der Gewalt an das Recht, von der volksfeindlichen Mehrheit des Reichstags an das Volk selbst appellierte.

Für die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff stimmten 197, dagegen 44 Abgeordnete, 11 Abgeordnete (darunter die Präsidenten Graf v. Hallstrem und Graf zu Stolberg-Wernigerode) enthielten sich der Abstimmung. Neue Geschäftsordnungsbrüche folgten. Kaum war der verfassungswidrige Antrag v. Kardorff für zulässig erklärt, so übertrug die Präsident das Haus mit der Mitteilung,

daß ein berechtigter Antrag v. Kardorff eingegangen sei, der den ursprünglichen Antrag v. Kardorff nur seines Charakters als Eventualantrag entkleidete und verlangte, den Absatz 1 des § 1 des Entwurfs, wie in dem ursprünglichen Antrag angegeben war, zu fassen. Die Linke protestierte gegen die Zulassung dieses ebenso geschäftsordnungs- und verfassungswidrigen Antrages wie seines Vorgängers. Die Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit dieses Antrages wurde durch einen von der Mehrheit gestellten Antrag auf Schluß dieser Debatte beendet, unser Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung über diesen gleichfalls unzulässigen Schlußantrag wurde abgelehnt, der „berichtigte Antrag v. Kardorff“ mit 200 gegen 42 Stimmen für zulässig erklärt. Bei der Fortsetzung der Debatte verlangte die Linke, daß endlich mit dem am 27. November eröffneten Verhandlung über den Tarif fortgefahren werde. Der Präsident Büsing spricht die entgegengesetzte Ansicht aus. Die Mehrheit bringt einen Antrag auf Schluß der Debatte darüber ein, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in die Beratung des Zolltarifs vor dem Antrag v. Kardorff eingetreten ist. Hiergegen wird unsererseits Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Der Präsident Büsing erklärt, da Widerspruch gegen unsern Antrag erhoben sei, müsse er über die Zulässigkeit abstimmen. Der Widerspruch der Mehrheit wird zurückgezogen, der Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung wird mit 210 gegen 67 Stimmen verworfen.

Nun war immer noch nicht entschieden, ob die Debatte mit der Fortsetzung des Zolltarifs oder unter Aufhebung dieses Antrages mit den sachlichen Debatten über den unzulässigen Antrag von Kardorff fortgefahren werden solle. Am Schluß der Sitzung um 9 Uhr 24 Minuten abends war noch immer nicht entschieden, ob die Debatte mit der Fortsetzung des Zolltarifs oder, unter Aufhebung des dahingehenden älteren Beschlusses, mit der sachlichen Debatte über den Antrag v. Kardorff fortgefahren werden solle.

Am 8. Dezember wurde von unserer Fraktion beantragt, die Verhandlung über den Antrag v. Kardorff solange auszusetzen, bis die Geschäftsordnungskommission über die ihr am 7. November bereits übergebene und von ihr erledigte Frage Beschluß gefaßt hat. Ein von der Mehrheit gestellter Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung wird angenommen. Der Präsident Büsing unterbrach unsern Redner wiederholt in der Annahme, das Haus habe bereits am vergangenen Tage entschieden, ein Beschluß des Hauses, mit der Beratung des Tarifs fortzufahren, liege nicht vor. Tatsächlich ist das ausweislich der stenographischen Berichte nicht der Fall gewesen. Indes war es für die Fraktion unmöglich, dies an der Hand des damals noch nicht vorliegenden stenographischen Berichts zu erweisen. Der Vizepräsident Büsing eröffnete die Diskussion über den § 1 Absatz 1 nebst dem Antrag v. Kardorff. Die Mehrheit sollte sich aber in ihrer Hoffnung, noch am 3. Dezember ihren Antrag von Kardorff unter Dach und Fach zu bringen, täuschen. Die Linke zwang sie, die Geschäftsordnung so weit zu respektieren, daß vor der Beratung des Antrages v. Kardorff die 37 Referate der Kommissionsberichterstattung entgegengenommen wurden. Die Mehrheitsreferenten nahmen es mit ihrer Aufgabe außerordentlich leicht. Der erste Berichterstatter, Graf von Schöner, suchte zunächst sich von seinem Referat ganz zu brüden. Als ihm dargelegt war, daß er kein Recht darauf habe, auf seine Pflicht, Bericht zu erstatten, zu verzichten, erstattete er dann über die wichtigsten ersten 18 Positionen in knappen 10 Minuten etwas, was er Bericht nannte. Die Minderheit wendete sich gegen diese Art der Berichterstattung und verlangte Zurückweisung an die Kommission, damit wenigstens die Gründe, welche zu den ungeheuren Sätzen geführt haben, der Allgemeinheit klar würden. Bei dieser Debatte entloß dem Abgeordneten Rasche das Zugeständnis, daß die sachlichen Gründe überhaupt nicht dargelegt werden sollten. Er sagte, die Minderheit habe keinen Anspruch darauf, daß man ihr die sachlichen Gründe auseinandersetze.

Der Antrag auf Zurückweisung wurde abgelehnt. Die Fraktion stellte gelegentlich der weiteren Referate ähnliche Anträge auf Zurückweisung an die Kommission. Die Mehrheit stellte diesen Anträgen Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung über unsere Anträge entgegen. Wiederholt kam es in den am 3., 4. und 5. Dezember bis in die Nacht ausgedehnten Sitzungen auch zu Zusammenstößen mit dem Vizepräsidenten Graf Stolberg, der, von einer lösenden Mehrheit unterstützt, „unter größtlicher Verletzung der Geschäftsordnung“ am 4. Dezember von dem verfassungswidrigen Ausschluß eines Fraktionsmitgliedes von der Sitzung Gebrauch machte und die Sitzung auf eine halbe Stunde aussetzte.

Der Anlaß zu der Aussetzung beruhte, wie der Vizepräsident später erklärte, auf einem „Mißverständnis“.

Am Schluß der Sitzung vom 5. Dezember wurde gegen den Widerspruch der Minderheit von der Zolltarismehrheit beschlossen, die nächste Sitzung erst am 9. Dezember stattfinden zu lassen. Der Grund hierfür lag darin, daß die mühsam zusammengetriebene Mehrheit auseinanderzulaufen drohte, wenn ihr nicht einige Jagdtage zuzuschenden Urlaub freigegeben würden. Die Mehrheit wollte den Tarif unter allen Umständen vor den Weihnachtstagen durchheischen. Man schritt zu einem neuen Rechtsbruch. Der Antrag Gröber wurde eingebracht. Der Antrag Gröber ersetzt die Vorschrift der Geschäftsordnung, nach der jeder Abgeordnete, der das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, dies sofort erhalten muß, durch folgende Vorschrift:

„Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt.“ Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von 5 Minuten nicht übersteigen.

Dieser Akt auf die Redefreiheit und die Selbständigkeit des Reichstags wurde auch von dem Staatsrechtslehrer Laband als ein brutaler Mißbrauch der Mehrheit zur Mundtotmachung der Minderheit bezeichnet.

Nach Annahme der Leg Gröber wurde mit den Berichterstattungen über den Zolltarif fortgefahren. Von uns gestellte Anträge auf Zurückweisung an die Kommission wurden abgelehnt. Zur Begründung solcher Anträge wurde dem Redner nur auf 5 Minuten das Wort verstattet. Am 10. Dezember verkündete der Präsident: Bei reiflicher Erwägung sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Redner für Zurückweisung eines Referats an eine Kommission auch unter die beschränkte Zeit fallen, welche die Geschäftsordnung vorgeschreibt. Weiter führte er aus: „Die einfache Tagesordnung ist eine Geschäftsordnungsfrage, und beschränkt dann, wenn sie sich auf einen Geschäftsordnungsantrag bezieht, ist sie eine reine Geschäftsordnungsfrage. — Wenn sie sich auf einen Antrag mit materiellem Inhalt bezieht, so könnte es ja eventl. zweifelhaft sein, ob sie eine reine Geschäftsordnungsfrage ist. Hier bezog sie sich nur auf eine reine Geschäftsordnungsfrage, nämlich auf Ueberweisung eines Antrages an die Kommission. Deshalb werde ich ferner den Rednern zu der Tagesordnung, wenn der Fall ebenso liegt, wie dieser, bloß 5 Minuten Zeit geben, um ihre Rede zu halten.“

Diese einen klaren Versuch gegen die Geschäftsordnung enthaltende Praxis engte die Bewegungsmöglichkeit unserer Redner noch mehr ein. Am 10. Dezember wurden die Berichte erledigt.

Am 11. Dezember gelangte der Antrag von Kardorff zur sachlichen Verhandlung. Unsere Fraktion stellte die für den Tarif erforderlichen sachlichen Anträge in der Form von Änderungsanträgen zu diesem Tarif und zu dem Antrag von Kardorff. In diesen Anträgen ist für die notwendigen Nahrungs- und Futtermittel Zollfreiheit verlangt. Für Rohstoffe und für solche Fabrikate, die fast nur von kartellierten Großunternehmern hergestellt werden, wurde gleichfalls Zollfreiheit, eventuell eine Herabsetzung der Zölle auf das Maß verlangt, das in dem geltenden Tarif ausgedrückt ist. Wo, wie bei den Garzollen, es in einer Leistung der Tarifkommission gelegen war, unter die Sätze des geltenden Tarifs herabzugehen, wurden diese niedrigen Sätze in unsere Anträge eingestellt. Der Herabsetzung der Zölle auf Rohstoffe oder Halbfabrikate entsprachen unsere Anträge auf Herabsetzung der aus den Rohstoffen oder Halbfabrikaten gefertigten Waren. Endlich waren die meisten der von den Konserverbativen zum Schein gestellten Anträge auf Herabsetzung industrieller Zölle in die Anträge hineingearbeitet. Unsere Anträge erreichten sich auf insgesamt 466 Nummern.

Entgegen den früheren Behauptungen der Redner der Mehrheit, daß bei Beratung des Antrags von Kardorff über alle Einzelheiten des Tarifs werde verhandelt werden können, wurde von der Mehrheit die Debatte, nachdem ein Redner unserer Fraktion zum Worte gekommen war, geschlossen und so u. a. zwei zum Wort gemeldeten Fraktionsrednern das Wort abgeschnitten. Dann beantragte und beschloß die Mehrheit, über sämtliche zu dem Antrag von Kardorff gestellten Änderungsanträge — außer von unserer Fraktion waren noch von drei Seiten Änderungsanträge gestellt — zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Der Antrag von Kardorff wurde hierauf mit 183 gegen 136 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Die zweite „Beratung“ war beendet. — (Fortsetzung folgt.)

Genilleton.

Manuskript verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

(31. Fortsetzung.)

„Mein Minister ist doch volksfreundlich“, sagte der Fürst zu den Nächstehenden.

„Haarsopf — Schaafkopf!“ rief es aus der Masse. Das kam von dem Herrn von Knobelsdorff, der sich unter der Menge herumtrieb und nun dem verhassten bürgerlichen Minister ein Bein zu stellen suchte. Ein allgemeines Gelächter erscholl.

„Haarsopf — Schaafkopf!“ brüllte es laut. „Volkslämmliche Minister!“

Thiel faßte einen raschen Entschluß. Er trat zu dem Fürsten.

„Sehen Sie,“ sagte er, „das Volk verlangt, daß ein Mann, der sein Vertrauen besitzt, an die Spitze der Staatsgeschäfte gestellt wird. Ernennen Sie den Dr. Mylius zum Wirklichen Geheimen Staatsrat und Präsidenten Ihrer Regierung. Das wird die beste Wirkung tun.“

„Mylius?“ stammelte der Fürst bestürzt. „Mylius, den Demokraten und Freigeist!“

„Nun ja,“ antwortete Thiel.

Erich der Neumundneuzigste war seiner Sinne kaum mehr mächtig in dem fürchtbaren Trubel.

„Meinetwegen auch noch Mylius!“ stammelte er, sich in sein Schicksal ergebend.

Thiel aber rief in die Masse hinein:

„Doktor Mylius ist zum Minister ernannt!“

Ein ungeheurer Jubel brach aus, denn Doktor Mylius war ein volksbeliebter und freisinniger Advokat.

Ein Hoch nach dem andern wurde auf den Märzminister ausgebracht.

Die guten Bürger hatten nun ihre Freiheit erkämpft

und waren dem Fürsten, der ihnen so viel gewährt, dankbar. Auch ihn ließen sie hochleben, bis sie heißer wurden.

Thiel, der hier eigentlich gebot, hieß den Fürsten sich nach dem Schlosse begeben, von dessen Balkon aus der auf dem Schloßplatze versammelten ungeheueren Menschenmasse die Märzerrungenschaften mitgeteilt werden sollten. Die Masse machte dem Fürsten, in dessen Schloß sie vor kurzem feindselig eingedrungen war, ehrerbietig Platz. Die Soldaten hatten sich unter das Volk gemischt und waren auch wegen der Vergiftung beruhigt, nachdem ein Arzt das verhängnisvolle Bier untersucht hatte. Der Kommandant war an das Wochenbett seiner Frau geeilt.

Als der Fürst den Balkon betrat, hörte er über seinem Haupte etwas rauschen: er sah empor und bemerkte, daß es die schwarzrotgoldene Fahne war. Heftig suchte er zusammen, doch er bezwang sich.

Die Menge empfing den Fürsten erst mit tiefem Schweigen. Dann aber verlas Thiel mit weittonender Stimme die Zugehörnisse, und da wollte das Hochrufen und das Güte- und Lächerchen kein Ende nehmen.

Thiel aber erhielt ein Schreiben des neuen Ministers mit der Aufforderung, ungefäumt ins Regierungsgebäude zu kommen. Dort fand er den Märzminister bereits vor, der ihn zum Ministerialsekretär ernannte und das Anstellungsbekret auf der Stelle ausfertigen ließ. Es gab gleich sehr viel zu tun, denn die ganze Staatsmaschinerie mußte neu geölt und geschmiert werden, und der neue Herr Ministerialsekretär mußte eine Menge von Dekreten ausfertigen. Unter diesen befand sich auch eins, das den Ministerialsekretär Ragenmayer absetzte. Thiel mußte dieses gerade um die Zeit in das Haus des Herrn Hoflieferanten Binder zu senden, wo Ragenmayer sich dort befand.

Wegen Abend erst konnte Thiel wieder über sich verfügen und schritt durch die Stadt, auf die sich schon die Dämmerung mit nebligen Schwingen herabgelassen hatte. Aber es war alles hell erleuchtet; die Wirtschaften waren gedrängt voll und man gab sich einer ausgelassenen Freude hin. Die

deutsche Wirtgertum durchjubelte die Flitterwochen seiner Freiheit, die auf immer errungen schien, denn sie zu befechtigen dachte niemand schmer. Überall erschollen Freiheitsslieder, und Thiel vernahm ganz deutlich, wie man ihn, den mutigen und entschlossenen Führer des Volkes, in Trinkbrüchen feierte und hochleben ließ. Aber es zog ihn nicht zu den lärmenden Siegesfesten; ihn drängte es, zu der Geliebten zu gehen. Nur war er noch nicht mit sich einig, ob er direkt in das Winderische Haus gehen oder eine Anknüpfung vorausgehen lassen sollte.

So kam er fündend in die Gegend, wo die Winderische Villa stand; hier war es einsam, und sein Schritt hallte durch die Straße. Da ward ein Fenster zugeschlagen, an dem ein Mädchen voll Sehnsucht gelauscht hatte; Luise hatte den Schritt des Geliebten erkannt und stürzte nun aus der Haustür mit dem Rufe: „Mein Heinrich!“ auf Thiel zu, umarmte und küßte ihn und rief ein über das andre Mal:

„Ach, wie glücklich bin ich! Ich habe Dich wieder! Ich habe Dich wieder!“

Und sie erzählte in fliegender Hast, daß Ragenmayer um sie angehalten, daß sie sich aber Bedenkzeit ausgebeten. Nun habe eben Ragenmayer sein Entlassungsbekret erhalten.

„Komme nur mit hinauf!“ jagte sie, ihn in das Haus hineinziehend.

„Und die Mutter!“

„Mit der wil ich fertig werden!“

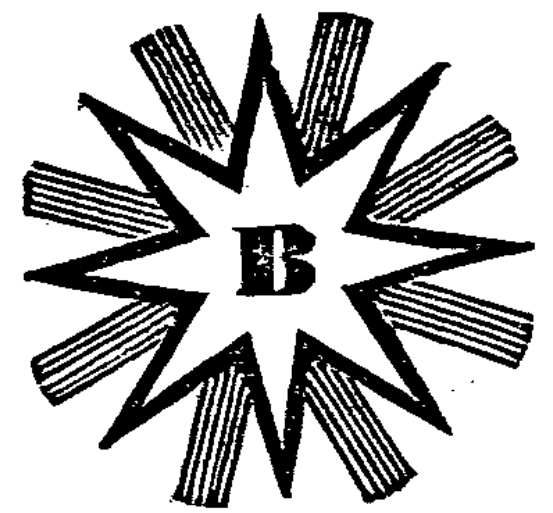
„Also siegt die Revolution auch im Hause Binder,“ sagte Thiel lachend, und sie gingen Arm in Arm die Treppe hinauf und traten in das Zimmer, wo gerade der so unanft aus seinen Luftschloßern hinausgeworfene Ragenmayer der Frau Hofbandagistin sein Leid klagte.

Sie schien nicht viel Freude für ihn zu haben, denn sie sagte eben ziemlich brozig:

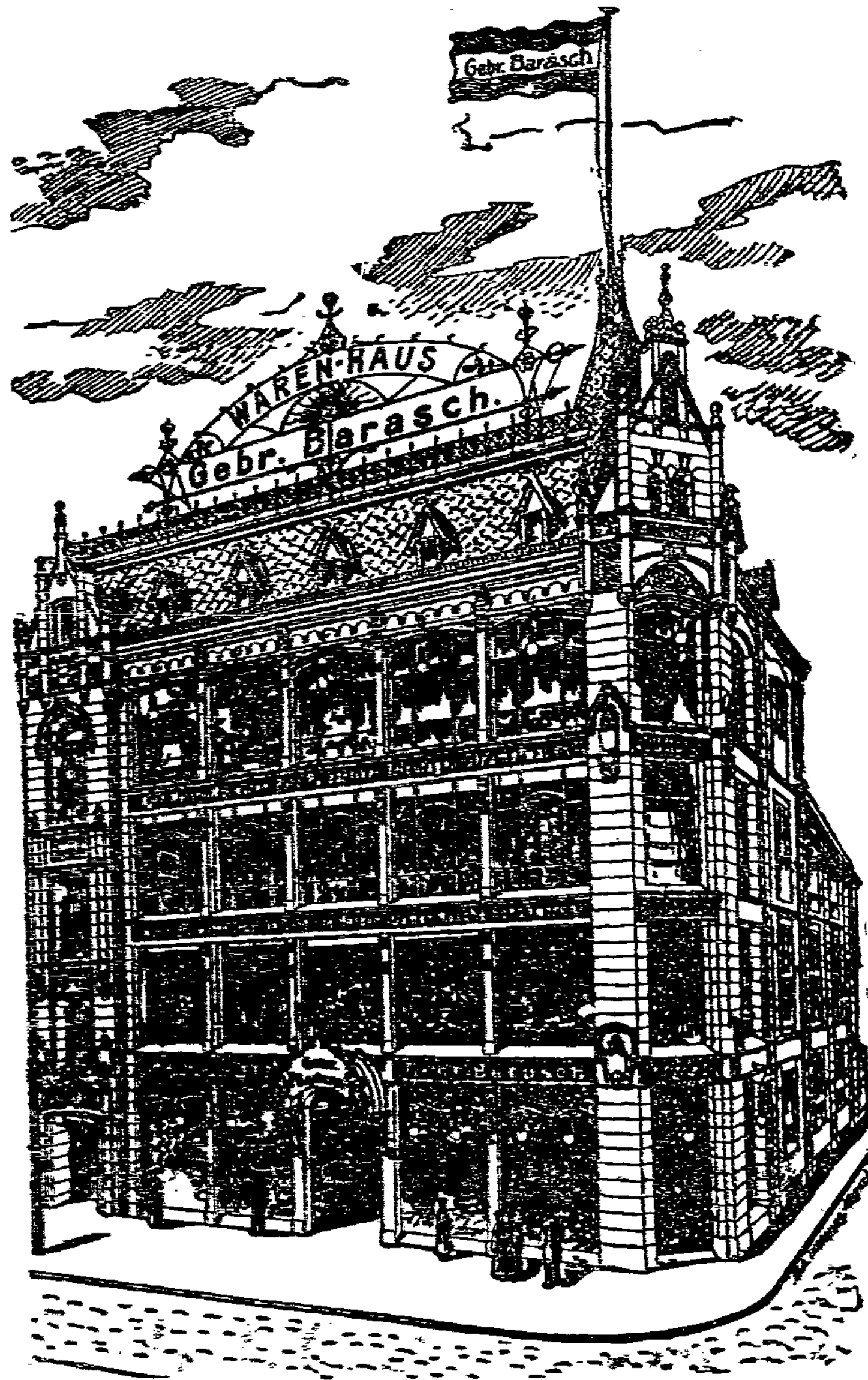
„Du mein Gott, fürs Gemeine gibt der Jude nichts!“

Als sie Thiel mit ihrer Tochter hereinkommen sah, suchte sie zusammen, beherrschte sich aber und tat, als ob gar nichts vorgefallen wäre. — (Fortsetzung folgt.)

Warenhaus
Gebr. Barasch



Jubiläums - Woche



Anlässlich des einjährigen Bestehens unseres
blühenden Etablissements erhalten unsere werthen
Kunden VOM 2. bis 8. September

5 % Extra-Rabatt

Lebensmittel
ausgeschlossen.

Im Sommergarten

Ein Stück Jubiläums-Torte mit Schlagobers

10 Pf.

Sonntag den 6. September, mittags von 11½—1½ Uhr **Extra-Konzert.**

der ausüben, sich mit etwas weniger Auffälligkeit bewerkstelligen lassen können. Wofür ist denn eigentlich der „grüne Wagen“ da? Drei der Schulleute waren mindestens überflüssig.

— Infolge eines Schwächeanfalls brach heute vormittag im Eingang des königlichen ein Anfall der Armen- und Arbeitsanstalt plötzlich zusammen. Beim Fallen verletzte sich der alte Mann die Stirn über dem linken Auge nicht unerheblich. In Begleitung eines Schutzmanns wurde der Bewußtlose per Droschke nach dem Wallonenberg gebracht.

— Von Krämpfen befallen wurde am Dienstag abend in der Ulrichstraße auf dem Hinterperron eines Straßenbahnwagens ein dem Arbeiterstande angehöriger älterer Mann. Zwei Schaffner brachten den Bedauernswerten in ein nahe gelegenes Haus, wo unter Beihilfe einiger freiwilligen Samariter der Krampf sich nach kurzer Zeit wieder erhob.

— Vom Schläge getroffen wurde am Dienstag abend im Hause Domplatz 6 der Gerichtsekretär Otto Gaedke. Derselbe verstarb auf dem Wege zum Krankenhaus.

— Eine blutige Schlägerei ereignete sich am hellen lichten Tage vor dem Restaurant „Zum Steinernen Tisch“ auf dem Breitenweg. Die Hauptgegnenden waren drei Döbshändler, die mit einem Manne, der anscheinend angetrunken war, in ein gegenseitiges Handgemein geraten waren. Nachdem eine geraume Zeit die „saufstarken“ Meinungen aufeinander geplatzt waren und dadurch verschiedene Köpfe größere und kleinere Wunden aufwiesen, erschienen als Retter in der Not einige

Schulleute, die die rauchstüchtige Makedonier, unter Zulauf von vielem Volk, nach der Polizeiwache im „Pflügen“ brachten.

— Durchgegangen. Am Dienstag nachmittag gegen 2 1/2 Uhr wurde die Wilhelmstraße in der Nähe des Feuerwehrdepots beinahe der Schauplatz eines Unglücks geworden. Vom alten Viehhof her kam ein schon gewordenes Pferd mit einem Wagen ohne Fahrer heruntergerast. In dem Augenblick, als das Gefährt die Wilhelmstraße passierte und in die Bahnhofstraße einbog, kam von der Wilhelmstraße ein Radfahrer, der, wenn er sich nicht im kritischen Augenblick auf den Fußsteig geworfen hätte, rechtwinklig gegen das durchgehende Pferd geprallt wäre. Ein schwerer Unfall würde dann unvermeidlich gewesen sein. Ein weiterer Glücksumstand war, daß nicht gerade ein Straßenbahnwagen die Stelle kreuzte. Durch den Sturz des Pferdes in der Bahnhofstraße wurde weiteres Unglück vermieden.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Wien, 2. September. In letzter Zeit erfolgten im Kriegsministerium eingehende militärische Besprechungen, an denen alle aktiven Generale der Armee teilnahmen. Gegenstand der Konferenz bildete einerseits die durch die ungarische Opposition in militärischer Beziehung geschaffene Lage, andererseits die militärischen Vorkehrungen, welche durch die Unruhen auf dem Balkan hervorgerufen sind.

Paris, 2. September. Während des gestrigen Tages herrschte eine furchtbare Hitze, sieben Personen sind am Hitzschlag verstorben.

Paris, 2. September. (Eig. Draht.) Dem Blatt „Francis“ zufolge hat eine unter dem Kommandanten D. an der lebende bulgarische Hande das Proviandamt von Demotika bei Adrianopel in die Luft gesprengt. Dasselbe enthielt 20000 Sack Mehl.

Paris, 2. September. (Eig. Draht.) Jacques Debandy erklärte in einer Unterredung in Las Palmas, die Befangenahme der 5 Matrosen sei ein glückliches Ereignis, weil dadurch die Frage der Saharareise in die Öffentlichkeit gekommen worden sei. Ob man wolle oder nicht, das Reich sei gegründet und das Vorkommen desselben bereits von der Republik Liberia anerkannt worden.

Bereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 5. September 1903, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Budau im „Thaliaaal“, Dorotheenstraße 14; Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz 2; Bezirk Salzte-Werkstätten im Lokale des Herrn Andreas Maas in Salzte. — Wir bitten die Kollegen, umgehend mit den Programmen vom Stiftungsfest und den Protokollen der Generalversammlung in Berlin abzurechnen. Das Vergütungskomitee tritt noch in dieser Woche zusammen, um die Abrechnung zu geben. Näheres siehe Inserat in nächster Nummer.

Arbeiter-Radfahrerverein Magdeburg, Abt. „Einigkeit“, N. Neustadt. Jeder Freitag abends 8 1/2 Uhr Saalfahrer und Radfahrer im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz 2.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Sonnabend den 5. September
Mitglieder-Versammlung
im Restaurant „Zur Krone“, Alte Neustadt, Moldenstraße 45/46.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Verwaltung.

Konsum-Verein „Biene“
für Schönebeck a. E. und Umgegend
E. G. m. b. H.
Zu der am Sonntag den 6. September d. J., nachm. 3 Uhr, im großen Saale der „Reichshalle“ anberaumten
ausserordentlichen General-Versammlung
werden die Mitglieder des Vereins hiermit eingeladen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Quedlinburg.
Sonnabend den 5. September 1903
Stiftungsfest
im Restaurant „Vorwärts“, bestehend in Konzert, Theater und Ball, unter Mitwirkung des beliebten Gesangshumoristen Herrn F. Fabian und Genossen.
Einen gemächlichen Abend versprechend, ladet ergebenst ein
Das Festkomitee.

„Odeum“, Halberstadt
Wir empfehlen unsern werten Freunden und Parteigenossen, sowie den Gewerkschaften unsere neu renovierten Lokalkitäten zur gefälligen Benutzung.
Es wird fernerhin unser Bestreben sein, für gute Speisen und Getränke fleißig Sorge zu tragen. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß nur Röberhofers Biere zum Ausschank gelangen.
Achtungsvoll
Duhme & Mook.

Gewerkschaftshaus Halberstadt.
Bringe meine Lokalkitäten zur gefälligen Benutzung in Erinnerung. Außerdem empfehle ich meinen kräftigen Mittagstisch.
Achtungsvoll
Hans Suhsbauer.

Zum Markt!
Auftreten des beliebten Tanz- und Charakter-Komikers R. Landrock und dreier Konzert-Sängerinnen. Auftreten des „Bruder Darmann vom Brücktor“. Ergebenst ladet ein
Paul Kluge,
Sudenburg, Restaurant „Gute Quelle“,
St. Michaelstraße 39.

Schlachtefest.
Von morgens 7 1/2 Uhr an Stückfleisch.
Von nachmittag ab sämtliche
frische Wurstwaren
in und außer dem Hause.
Auch empfehle ich den Gewerkschaften und Vereinen mein Vereinszimmer, welches ca. 70 Personen faßt und nach mehrere Abende in der Woche frei ist.
W. Lackenmacher, Restaurateur,
Alte Neustadt, Ottenbergstraße 13.

Pr. Soling. Stahlwaren
Bestecke 490
Taschenmesser usw.
empfehlen billigst
Bernh. Brehmer
Sudenburg, „Eiskeller“.
1 H. Wohn., St. E. 2. u. Jub. f. 45 Nr. fortg. i. z. un. u. 1. D. r. 3. p. 3. r. E. Sudenburgerstr. 11. G. H. Friedr.

Schönebeck
Donnerstag den 3. September
abends 8 Uhr
im „Bürgerhaus“ (Saal)
Volkvereins-Versammlung
Tagesordnung:
1. Berichterstattung von der Generalversammlung, Kreis-Konferenz und Regierungsbereichs-Konferenz.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Halberstadt.
Morgen Donnerstag abend
Schonunggabe des Wahlergebnisses
vom Wahlkreis Dessau
in Bollmanns Restaurant
Bakelstraße 63. 525

Walhalla
Jeden Abend
Große Spezialitäten-Vorstellung. 29

Viktoria-Theater.
Donnerstag den 3. Septbr. 1903.
(Benefiz für Frau Anna Frenzel.)
Gute Nacht, Ganschen!
Intrigen-Lustspiel in 5 Akten von
Ulrich Müller.

Zu billigsten Preisen
empfehle moderne
Herren- u. Knaben-Anzüge
Winter- u. Sommer-Paletots
423
Einzelne
Jackets u. Hosen
sowie sämtliche
Arbeitsgarderobe
Max Herzberg
Schoppenstraße 1.

Direkter Verkauf von der Fabrik:
Kognak-Pralinen 1/4 Pfd. 20 Pf.
Prinzip-Pralinen 1/4 Pfd. 25 Pf.
Mandel-Crem-Pralinen 1/4 Pfd. 25 Pf.
Kaiser-Pralinen 1/4 Pfd. 25 Pf.
Likör-Gimbretten 1/4 Pfd. 20 Pf.
Likör-Kaffeebohnen 1/4 Pfd. 15 Pf.
hochfein im Geschmack.

Hermann Klingenberg
Schokoladen- u. Zuckerverwarenfabrik
Magdeburg-Neustadt.
Keine Verkaufsstellen befinden sich:
Breitenweg 248, Berlinerstr. 1b
Johannisbergstr. 2, Jakobstr. 19
Schmidtstr. 45/46
Agnetenstr. 3, Schönebenederstr. 41
Sudenburgstr. 24. 468

3jährige schriftliche Garantie
für jedes Stück meiner selbstgefertigten
Möbel und Polsterwaren
Tadelloses Material. — Siclle Arbeit. 503
Musterlager.
Polsterwerkstatt.
Durch Spezialherstellung billige Preise.
Zahlreiche schriftliche Anerkennungen!
Richard Göthling, Tischlermeister.
Neustadt Mittagstr. 41 Neustadt
Sarg-Magazin.

Stoff-Proben v. Massnahmen gern ins Haus!
Herren- und Knaben-Kleidung
aller Art.
Bei unserer soliden Preisen
anerkannt grösste Leistungsfähigkeit.
Nach Fertige
Mass! Anzüge
Höchste Eleganz!
Vorzüglicher Sitz!
Hervorragende Ausführung!
Schnellste Anfertigung!
Reichhaltigste Auswahl aller Arten Stoffe.
Jackets Hoson Paletots etc.
sehr haltbar
vornehm und ohle gearbeitet.
Allergrösstes Lager für bevorstehende
Herbst- u. Winter-Saison
Julius Lange Magdeburg
Ecks
nur Breitenweg 147 Georgenplatz.
Gegründet 1870. Fernsprecher 1780.

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.
Bis auf weiteres liefern wir nach amtlichem Gewicht die vorzüglichsten
Prima Harbiter Stückkohlen für 64 Pf.
frei Keller. Bestellungen ab 20 Zentner nehmen bei gleichzeitiger Zahlung entgegen die Herren: W. Louis, Falkenbergstr. 2, (nur vormittags); Buchlow, Katharinenstr. 5 u. Schifferstr. 24 II; U. Gromler, Seybedstr. 8, pt.; H. Manger, Annaftr. 27 I; A. Bromer, Halberstädterstr. 112 III („Gästler“); Kirehberg, Ambrosiusplatz 1, II; Scholtze, Schönebenederstraße 24, Eingang Dorotheenstraße. 443
Aus vorliegendem Kohn geben wir bei sofortiger Bestellung einen größeren Posten Prima Harbiter Mittelkohle (obiger Qualität) zu 60 Pfg. frei Keller per Zentner ab.
Gute Schütte, sogen. Wäckerkohle, geben wir, soweit der Vorrat reicht, mit 30 Pfg. per Ztr. ab Kohn. Der Vorstand.

Zöpfe empfiehlt u. fertigt
an 170
G. Domnick, R. Ritterstraße 1b.
Ein schwarzer Rodanzug und ein Grad, mittlere Figur, billig zu verkaufen Jakobstr. 42, II L. 215

Gross-Ottersleben
Als Reichenswäckerin empfiehlt sich
Frau Pietschmann, Oberweddingerstraße Nr. 3. 212

Hausbackenbrot
von gutem Geschmack bei schwerem Gewicht offeriert die Reifhandlung
Magdbg.-Sudenburg
Leinsdorferweg 22. 521
Meine Hefige 210
Gastwirtschaft
nebst Fremdenverkehr
(5 Gewerke, 60 Betten) will ich Alters halber per 1. Oktober verpackten oder mit Grundstüd verkaufen. Offerten unter R. P. 204 an die Expedition dieses Blattes.

Wenig gebrauchte
278
Nähmaschinen
zum Preise von 35 bis 60 Mk. sind stets vorräthig. Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.
A. Ross, Breitenweg 264.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigen Preisen.

Reizmittel
der Magdeburger Volkshilfe
Hauptwache 5.
Donnerstag: Linsen mit Rindfleisch.
Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch.
Was muss man von der Malerei wissen?
Von Dr. Ernst Henneberg. — 1 Mk. gebd. 1.50 Mk.
Buchhandlung Volkshilfe.

H. Lublin

Das billigste Angebot **Freitag**
Sonnabend
Schlafdecken

200 Schlafdecken	gefärbt Ganz Sonderpreis	45	Stk.
200 Schlafdecken	gefärbt Ganz Sonderpreis	85	Stk.
350 Schlafdecken	gefärbt Ganz Größe 150x190 Sonderpreis	1.00	
1260 Jacquard-Figurendecken	Größe 140x190 Sonderpreis	2.20	
900 Jacquard-Figurendecken	Größe 150x200 Sonderpreis	2.45	

400 Schaff-Schlafdecken	schwere Qualität Sonderpreis	1.10	
1100 Schaff-Schlafdecken	Größe 130x180 Sonderpreis	1.35	
750 Schaff-Schlafdecken	Größe 140x190 Sonderpreis	1.60	
1200 Wetz-Schlafdecken	Größe 140x180 Sonderpreis	1.90	
900 Wetz-Schlafdecken	Größe 150x200 Sonderpreis	2.20	

1000 Stück
Barchent-Hemden 75 Stk.
für Herren, gleichseitig gesamt

1500 Stück
Barchent-Hemden 1.20
für Herren, mit Kragen, einseitig gesamt

1000 Stück
Barchent-Hemden 75 Stk.
für Damen, gleichseitig gesamt, 110 cm lang

1000 Stück
Barchent-Hemden 1.10
für Damen, einseitig gesamt, 110 cm lang

1000 Paar Kinder- und Damenstrümpfe	weisse Wulle, echt schwarz Damenstrümpfe	
Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11		
18 23 33 38 43 48 53 58 63 68		Stk.
2300 Paar Kinder- und Damenstrümpfe	weisse Wulle, echt schwarz Damenstrümpfe	
Größe 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11		
10 13 16 19 22 25 28 31 34 37 40 43		Stk.
3000 Paar Damen- und Herren-Glacé-Handschuhe	farbig, weiß und schwarz	
1. Größe 60	2. Größe	80
	3. Größe	1.00

2500 Paar Damenstrümpfe	gestrichelt plattiert Wulle, echt schwarz	28	Paar
750 Paar Herren-Socken	plattiert Wulle	20	Paar

— Einzelverkauf. — Solange Vorrat.